

USA – Meistbegünstigung für die Machthaber in Peking

Der amerikanische Präsident Clinton hat eine Korrektur seiner Politik gegenüber China vorgenommen: China wird auch in Zukunft die Meistbegünstigungsklausel in Anspruch nehmen können und Handelsvorteile (z.B. niedrige Zölle) genießen, obwohl es keine wesentlichen Fortschritte in puncto Menschenrechte gemacht hat. Noch im Wahlkampf hatte Clinton anders gesprochen: Er wolle den Handel mit China an politische Bedingungen, besonders die Einhaltung der Menschenrechte und die Bewahrung der tibetischen Kultur, knüpfen. Ende Mai verkündete der Präsident, daß strategische und wirtschaftliche Interessen für sein Umschwenken maßgeblich gewesen wären.

Die US-Wirtschaft zeigte sich über diese Entscheidung höchst zufrieden. Die Lockungen sind vielfältig – für Investoren und Geschäftemacher aller Art: In China winken ein gigantischer Markt, ein dynamisches Wirtschaftswachstum von mehr als zehn Prozent pro Jahr und billige Arbeitskräfte. China exportiert Konsumgüter in die USA im Wert von umgerechnet rund 54 Milliarden Mark und importiert amerikanische Waren für umgerechnet 15 Milliarden Mark.

Bei Menschenrechtsorganisationen stieß die Tatsache, daß Clinton die Moral dem Geschäft geopfert hat, auf heftige Kritik. Der Vorwurf lautet, der amerikanische Präsident habe dem Regime in Peking nun einen Freifahrtschein für die Verletzung der Menschenrechte ausgestellt. Peking könne jetzt agieren, wie es wolle, ohne dafür Nachteile und Sanktionen einstecken zu müssen.

Internationaler Druck auf China wächst – nur Bonn zeigt keine Courage

Die amerikanische Außenpolitik versucht sich weiter in Akrobatik: Die Entscheidung Clintons, die Geschäfte mit

China bedingungslos fortzusetzen, ist der eine Teil der Übung. Der andere Teil ging so: Clinton traf sich trotz heftiger chinesischer Proteste Ende April mit dem Oberhaupt Tibets und bezeugte damit »seinen Respekt«, wie er selbst formulierte. Clinton gesellte sich zu einem Gespräch zwischen dem Dalai Lama und dem Vize-Präsidenten Al Gore – und das war keineswegs ein Privatvergnügen. Erstmals hieß es offiziell nicht, der Dalai Lama käme als »religiöser Führer« ins Weiße Haus; das unterstreicht die politische Bedeutung dieses Treffens. Clinton begrüßte die Bereitschaft des Friedensnobelpreisträgers von 1989, sich mit Vertretern der chinesischen Führung zu treffen.

Zur gleichen Zeit einigte sich der amerikanische Kongreß einstimmig darauf, Tibet als »besetztes Land« zu bezeichnen. Außerdem wird gefordert, die USA sollten ihre Beziehungen zur tibetischen Exilregierung stärken und den Tibetern in Tibet mehr Hilfe zukommen lassen. Peking reagierte auf die amerikanischen Vorstöße gereizt und erklärte, daß es nicht auf Wirtschaftsbeziehungen mit den USA angewiesen sei.

International wird die Kritik an China heftiger. Der französische Außenminister Alain Juppé, der kürzlich den Dalai Lama empfangen hatte, kritisierte in einem Interview Chinas Menschenrechtsverletzungen, besonders die Inhaftierung des Dissidenten Wei Jingsheng und anderer Regimegegner. Die Fortschritte seit den Massenprotesten vor fünf Jahren seien »sehr unzureichend«.

Das britische Parlament (House of Commons) befaßte sich in letzter Zeit eingehend mit Chinas Tibetpolitik. Das Komitee für auswärtige Angelegenheiten stellte in seinen »Empfehlungen zu Tibet« fest, daß die chinesische Regierung grobe Menschenrechtsverletzungen gegen das tibetische Volk begangen habe. Die Mitglieder verwiesen auf ein Memorandum aus dem Jahre 1943, in dem die Engländer festgestellt hatten, daß Tibet seit 1911 de facto die Unabhängigkeit besitze. Zwar hätten die Chinesen in Tibet eine besondere Position, trotzdem müsse Tibet als autonom angesehen werden. Die

Formel S.H. Dalai Lama »ein Land, zwei Systeme« werde auch von London unterstützt. Unabhängigkeit sei kein realistisches Ziel, aber das Recht auf Selbstbestimmung müsse Tibet gewährt werden. »Die Welt wird es nicht erlauben, daß die Tibetfrage ignoriert wird.«

Bonn verweigerte Ende April dem Dalai Lama und den Mitgliedern der tibetischen Exilregierung offizielle Gespräche. Lediglich Rita Süßmuth und Otto Graf Lambsdorff hatten das tibetische Oberhaupt empfangen. In Regierungskreisen trifft man sich lieber mit chinesischen Politikern. Am 4. Juli 1994 soll der chinesische Ministerpräsident Li Peng, der das Massaker in Peking vor fünf Jahren befohlen hatte, zu einem offiziellen Besuch in Bonn eintreffen.

Tibetische Exilregierung: Keine Kontakte zu Peking

Angesichts des wachsenden Interesses der internationalen Staatengemeinschaft an Tibet und des zunehmenden Drucks auf China ist aus chinesischen Kreisen immer wieder zu hören, daß Peking in Kontakt mit dem Dalai Lama stünde. Die tibetische Exilregierung bekundete jedoch jüngst in einem Statement, daß sie seit August 1993 keine direkten Gespräche mehr mit Regierungskreisen in Peking geführt habe. Erst wenn China ernsthafte Vorschläge zur Lösung des Tibet-Problems mache, werde man neu verhandeln können.

Chinesische Truppenbewegungen nach Tibet

Wie die tibetische Exilregierung berichtete, sind Anfang Mai etwa 30.000 chinesische Soldaten, begleitet von Helikoptern, von China aus über verschiedene Wege nach Tibet bewegt worden. Sie konzentrierten sich hauptsächlich auf die Grenzgebiete Drayul und Dromo zu Nord-Indien und weniger auf Lhasa. In Amdo scheint es (nach unbestätigten Meldungen) Straßenpatrouillen gegeben zu haben. Touristen

berichteten, daß an verschiedenen Orten Konvois mit 30 bzw. 50 Lastwagen unterwegs waren. Überdies seien zwei voll beladene Truppenfahrzeuge am 29. März 1994 auf dem Gongkar Flughafen in Lhasa gelandet. In Lhasa sollen Listen mit Namen von Reservisten aufgestellt worden sein.

Über die Gründe für dieses Militäraufgebot gibt es bisher nur Spekulationen. Während einige dieser Aktivitäten Routineübungen sind, deutet das Ausmaß auf eine Verhärtung der Politik hin. Von chinesischen Politikern war über Rundfunk zu hören, daß sie alles unternehmen wollen, um »die Einheit des Vaterlandes« aufrechtzuerhalten. Das harte Vorgehen scheint sich auch gegen moderate Politiker in den eigenen Reihen zu richten, die die besondere tibetische Kultur bewahren wollen. Sie kritisieren die negativen Effekte der rasant betriebenen Wirtschaftsreformen und die damit verbundene Zuwanderung von Chinesen.

In China selbst ist die Lage aufgrund des fünften Jahrestages des Massakers auf dem Tiananmen-Platz und der Entscheidung der US-Regierung über die Meistbegünstigungsklausel ebenfalls angespannt.

Unruhen in Dharamsala

Am 23. April 1994 kam es zu Protesten von Mitgliedern des indischen Gaddi Volkes gegen die tibetische Gemeinschaft in Dharamsala. Die Gaddis, die in der Gegend um Dharamsala heimisch sind, zündeten tibetische Läden an und beschädigten Büros der tibetischen Exilregierung. 15 Menschen seien verletzt worden. Bei einer Demonstration, an der 100 Gaddhis teilnahmen, forderten einige, die Tibeter sollten die Gegend verlassen. Die Tibeter leben nun seit drei Jahrzehnten in Dharamsala.

Die Inder reagierten mit diesen Aktionen auf die Tötung eines Gaddi Studenten während eines Kampfes mit einem Tibeter, der sich in der vorausgegangenen Woche nach einem Disput auf der Straße ereignet hatte. Die indi-



Foto: Markus Bollen

Chinesische Touristen lassen sich – in tibetischer Festtagstracht verkleidet – auf dem Dach des Potala fotografieren.

Big Brother im Potala

Die chinesischen Besatzer, die 6000 Klöster in Tibet dem Erdboden gleich gemacht haben und die dabei sind, Lhasa in eine moderne Stadt mit Betonburgen, Geschäften und Video-Shops umzufunktionieren, haben ein dubioses Interesse an der tibetischen Kultur. Der Potala, vor 1000 Jahren erbaut und einst Symbol für die Weisheit und Sitz des Dalai Lama, wird zu einem Museum umfunktioniert. Seit fünf Jahren restaurieren die Chinesen das Gebäude und installieren ein perfektes

Sicherheitssystem: Ein automatisches System zur Bekämpfung von Feuer und Einbruch gehört ebenso dazu wie ein Überwachungssystem mit Fernsehkameras. Die Technik entspricht höchstem internationalen Standard, und den Bildschirmen in den Kontrollzentren soll keine Regung im Palast entgehen. Der Eifer, mit dem die Chinesen am Potala zu Werke gehen, entspricht ihrem politischen Ziel: die tibetische Kultur vollständig zu vernichten und zu einem Objekt zu machen, das lediglich im Museum noch Platz hat.

sche Polizei maß den Vorgängen nur geringe Bedeutung bei. Der Protest würde nicht von anderen Teilen der indischen Gemeinschaft unterstützt.

S.H. Dalai Lama bedauerte die Zusammenstöße sehr: »Ich bete für das Wohlergehen der hinterbliebenen Familie und für alle, die durch die unglückseligen Ereignisse betroffen sind.« Seine Heiligkeit glaubt, daß damit die guten Beziehungen zwischen Indern und Tibetern nicht zerstört werden können. Indien habe den Tibetern Asyl gewährt, und »wir sind dem Volk und der Regierung Indiens für ihr Verständnis und ihre Freundlichkeit dankbar«.

Inzwischen scheint sich die Lage in Dharamsala wieder beruhigt zu haben. Eine Verlegung des Sitzes Seiner Heiligkeit in das südliche Bangalore,

wie es in einigen Presseberichten angekündigt wurde, scheint nicht mehr im Gespräch zu sein.

Schließung nicht-staatlicher Schulen in Tibet

Die »patriotische Erziehung« ist eine wirksame Strategie der chinesischen Regierung, Tibet langfristig unter seine Kontrolle zu bringen. An der Universität in Tibet werden nur 45 Prozent tibetische Studenten zugelassen. Manche Chinesen kommen extra zum Studium nach Lhasa, weil für sie dort weniger strenge Aufnahmebedingungen gelten als in China; sie verdrängen die einheimischen Studenten von der Universität. Auch wird immer wieder berich-

tet, daß nicht-staatliche Schulen in Tibet von den Behörden geschlossen werden – so geschah es im Februar in Lhasa. Der Direktor der Schule, Schabdrung Rinpotsche, ein tibetischer Lama, wurde wegen des Verdachts »konterrevolutionärer Aktivitäten« verhaftet. Als offiziellen Grund für die Schließung der Schule, die mit 400 Schülern die größte nicht-staatliche Schule Tibets war, nannten die Behörden »finanzielle Probleme«.

»Unsere Kultur und nationale Identität sind in Gefahr, und eigentlich müßten wir gegen die chinesische Regierung aufschreien – nicht aus Wut über sie, sondern weil wir unsere Schulen und zukünftigen Studenten verlieren«, sagt ein Tibeter in Lhasa. »Aber das würde unter dieser Polizei traurigerweise zur Folge haben, daß man als Separatist eingestuft und verhaftet wird.«

Kultureller Genozid – Alltag in Lhasa

»Es gibt eine Art kulturellen Genozid in Tibet«, sagte der Dalai Lama Anfang April, »ich appelliere an die internationale Gemeinschaft, mehr Druck auf die chinesische Regierung auszuüben.« Wie dieser kulturelle Genozid vonstatten geht, ist Tag für Tag besonders in Lhasa zu sehen: Tibetische Häuser werden Stein für Stein abgetragen und durch neue Betonblocks ersetzt, wie man sie in China findet. Nur noch verschwindend wenige Häuser sind im traditionellen tibetischen Stil vorhanden – mit weißen Fassaden, bunt bemalten Fenstersimsen und flachen Dächern, an denen Gebetsfahnen aufgehängt sind. Die meisten Einwohner Lhasas sind mittlerweile Chinesen. Einem Plan der Regierung zufolge, von dem eine Kopie außer Landes geschmuggelt wurde, sollen bis zum Jahr 2000 alle tibetischen Bauten in Lhasa ersetzt worden sein. »Wenn das so weiter geht, wird in zehn Jahren Tibet aussehen wie irgendein Teil Chinas,« sagt ein tibetischer Familienvater. »Meine Kinder werden im Fernsehen chinesische Programme sehen, sie werden in einem chinesischen Wohnblock leben, und wenn

sie Glück haben, werden sie für eine chinesische Firma arbeiten.«

Neu Delhi: Tibetische Frauen protestieren gegen Zwangsabtreibungen in ihrer Heimat

In Neu Delhi marschierten Mitte April fast 500 tibetische Frauen zum Parlament, um gegen die Zwangsabtreibungen und Zwangssterilisationen, die von den chinesischen Behörden in Tibet in Auftrag gegeben werden, zu protestieren. Die Aktivistinnen berichteten, daß in einigen Regionen Tibets bis zu 80 Prozent aller Frauen mit Gewalt zu Sterilisationen gezwungen würden. In ländlichen Gebieten seien »mobile Teams« unterwegs, die schwangere Frauen zu Abtreibungen zwingen. Auch gebe es Fälle, in denen Babies gleich nach der Geburt durch Injektionen getötet werden.

Die Frauen hinterfragten gleichzeitig, ob unter diesen Umständen Peking der geeignete Ort für die 1995 stattfindende Weltfrauenkonferenz sei. »Wie kann eine Regierung, die ihre weiblichen Bürger nicht respektiert und sich nicht für die Lebensbedingungen von Frauen interessiert, eine Konferenz organisieren, die die Gleichheit, Entwicklung und den Frieden zum Thema hat?«

Langlebensgebete für S.H. Dalai Lama

1995 wird Seine Heiligkeit der Dalai Lama 60 Jahre alt. Gemäß tibetischer Erfahrung kann ein Mensch in diesem Lebensjahr auf viele Hindernisse treffen, wenn sie nicht rechtzeitig aus dem Weg geräumt werden. Die Exilregierung von Tibet hat daher die hohen Lamas aller buddhistischen Traditionen gebeten, zugunsten Seiner Heiligkeit Gebete und andere religiöse Aktivitäten durchzuführen. Für nähere Informationen, wenden Sie sich bitte an: The Secretary, Department of Religion and Culture, CTA, Gangchen Kyishong, Dharamsala (H.P), Indien. Im Tibetischen Zentrum wird auch eine Liste mit Gebeten erhältlich sein.

BUCHBESPRECHUNGEN



Reiner Degenhardt und Ines Flemmig (Hrsg.): Gemeinsam Handeln! Der Dalai Lama und Carl Friedrich von Weizsäcker im Gespräch

Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 1994,
64 Seiten, 10,80 DM
ISBN 3-579-00768-8

Die Losung des 25. Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEKT) in München 1993 war »Gemeinsam handeln!« Im Hebräisch der jüdisch-christlichen Bibel beinhaltet der Begriff 'dabar ¾ Wort', nicht nur reden, sondern auch tun. In diesem Sinne war die Einladung Seiner Heiligkeit des 14. Dalai Lamas sicherlich programmatisch. Seine Vorträge auf dem Kirchentag zum Thema »Rettung der Erde« und »Liebe deinen Nächsten« waren nicht nur Worte, sondern spiegelten gelebtes Leben.

Hoffnung ist die Mahnung Seiner Heiligkeit zum konziliaren Prozeß von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben, wenn wir das Ziel, unsere Erde zu retten, erreichen wollen. Nur mit Anstrengung, die sich von Hoffnung nährt, kann es gelingen, das Elend der Zerstörung unserer Um- und Mitwelt zu bremsen und zu heilemdem Handeln umzukehren.

»Nur die richtige Motivation garantiert, daß die Intelligenz des Menschen... zu Lösungen kommt...«. Dieser Satz Seiner Heiligkeit ist ganz sicherlich auch ein Schlüssel zu Carl Friedrich von Weizsäckers Frage: »Wie können die anstehenden Aufgaben die Religionen reifen lassen, zur Reife kommen lassen?« Gibt es denn Religionen an sich? Müßte es nicht heißen: was kann religiöse Menschen motivieren, die Ideale ihrer Religion so tief in ihr alltägliches Leben zu integrieren, daß sie sich gemeinsam auch mit nicht-religiösen Menschen um Gerechtigkeit, Frieden und Integrität von Um- und Mitwelt bemühen? Dann würde auch die Frage von Albert Osei-Wuso nach dem Glück der Menschen in der sogenannten Dritten Welt die Antwort bekommen, die in dem Aufruf zum Weg nach Gerechtigkeit, Frieden und Be-